

Verheißung oder Fluch? Reichtum und Armut als Herausforderung für gesellschaftliches und kirchliches Handeln

Vortrag vor einem SPD – Arbeitskreis in Wiesbaden

2. März 2004 von Pfr. Dr. Thomas Posern

Inhalt:

- Haben wir ein Wachstumsproblem?
- Wie definiert man Reichtum?
- Vom Verhältnis von privatem Reichtum und Staatsverschuldung
- Theologische Betrachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Können wir Reichtum in unserer Gesellschaft als Verheißung oder Fluch verstehen? Zu dieser Fragestellung spreche ich heute zu Ihnen vor dem Hintergrund, dass wir in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau uns seit einiger Zeit mit dieser Frage unter dem Titel „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ beschäftigen.

Warum tun wir das als Kirche?

Weil die gesellschaftliche Verantwortung aus Sicht der Kirche dies gebietet und weil theologische und gesellschaftspolitische Fragen in Wirklichkeit nie voneinander getrennt waren.

Haben wir ein Wachstumsproblem oder ein Verteilungsproblem?

Wir nehmen unsere Gesellschaft als gespalten wahr, zumindest als von starken Spaltungstendenzen bedroht. Diese Spaltungstendenzen bedrohen die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt. Eine Reihe von Errungenschaften, die in den Nachkriegsjahren zum Konsens einer Gesellschaft geworden waren, die den Faschismus erlebt hatte, sind erodiert. Gerade aktuell im Zusammenhang einer geplanten Tagung hören wir von den Verbänden der Unternehmer immer wieder, dass wir ein **Wachstums-** und **kein Verteilungsproblem** hätten. Das sehen wir anders: Wir haben zumindest **auch ein Verteilungsproblem** – und auch beim Wachstum werden wir fragen müssen, welche Richtung und Qualität wirtschaftliches Wachstum denn haben soll, aber das ist heute nicht mein Thema. Wir müssen die scheinbar unzeitgemäße Verteilungsfrage neu stellen! Heide Simonis sagte vor einigen Tagen im Blick auf die Erbschaftssteuer, dass „...auch

reiche Erben ein Stück mehr dazu beitragen (müssten), dass uns die Gesellschaft nicht um die Ohren fliegt“ (Wiesbadener Kurier vom 21.02.2004). Genau darum geht es: Dass uns diese Gesellschaft – national, europäisch und weltweit – nicht um die Ohren fliegt und wir etwas in ihre **Zukunftsfähigkeit** investieren müssen. Es ist schon seltsam, dass unsere Gesellschaft insgesamt so reich ist wie nie zuvor in der Geschichte und dass wir über Jahrzehnte ein linear ansteigendes ökonomisches Wachstum verzeichnen können – wir aber gleichwohl ständig hören müssen, dass die öffentlichen Kassen leer sind, dass wir sparen und Opfer bringen müssen.

Auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein

Schon das damals viel beachtete Wort der evangelischen und katholischen Kirche zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ stellte fest: „**Auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird**“ (Zif. 220). Seit dem April 1997 hat die Spaltung unserer Gesellschaft in Wohlhabende, Reiche und Superreiche auf der einen Seite und von Armut Bedrohte, Arme und überschuldete Menschen auf der anderen Seite weiter zugenommen. Der Riss durch unsere Gesellschaft, von dem das Wort der Kirchen sprach, hat sich vertieft.

Deshalb sind viele in Kirche und Gesellschaft in großer Sorge, was die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft betrifft. Was soll aus dieser Gesellschaft werden, was aus Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde, wenn eine Kultur der Gier um sich greift, wenn es nur noch heißt: „Geiz ist geil!“? Abraham Lincoln sagte einst (1858) angesichts der Sklaverei in den Vereinigten Staaten: „A house divided against itself cannot stand.“ Worauf wollen **wir** unsere Zukunft bauen, auf welche Mechanismen setzen wir? Was wollen wir unseren Kindern weitergeben, welche Gesellschaft wollen wir ihnen hinterlassen? Mit diesen Fragen, die uns umtreiben, geht es darum, was die Welt im Innersten zusammenhält. Es geht um eine Kultur des Miteinanderlebens, nicht nur um Ökonomie.

Ich sage das deshalb an dieser Stelle, weil ich deutlich machen möchte: Wir stellen diese ökonomischen Fragen als Kirche und in der Hoffnung, die Entwicklung dieser Gesellschaft in eine gerechtere Zukunft positiv beeinflussen zu können. Wir beanspruchen nicht, bessere Ökonomen oder Gesellschaftswissenschaftler zu sein. Wir bedienen uns allerdings des jeweiligen Sachverstandes in unseren Reihen, um die hoffentlich richtigen Fragen zu stellen und den Finger in Wunden zu legen, die **des öffentlichen Diskurses** bedürfen, um zu heilen! Mit anderen Worten: Ich spreche **als Theologe** zu Ihnen von gesellschaftspolitischen und ökonomischen Problemen.

So haben wir uns im Gefolge des eben erwähnten „Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ und auf eine Anregung aus dem Weltrat der Kirchen hin unter dem Titel „Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“ mit der Problematik beschäftigt.

Wir haben 2002 eine Studie mit einem ökonomischen und gesellschaftspolitischen sowie einem theologischen Teil herausgegeben und 2003 Materialien, welche die Arbeit mit dieser Studie in Gemeinden, Schule und Gruppen erleichtern soll. Wir haben versucht, das möglichst sachlich zu tun, damit uns nicht sofort der

leidige Neidvorwurf um die Ohren geschlagen wird und wir haben in dieser Studie keine Ursachenforschung betrieben etwa dergestalt, dass wir ein kausales Verhältnis von Reichtum und Armut in irgendeiner Weise konstatiert hätten. Es handelt sich zunächst nur um ein **Abbild der Lage**, wobei die Heidelberger Werkstatt Ökonomie, die diese Arbeit für uns geleistet hat, die öffentlich zugänglichen Quellen einschließlich des Ersten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung von 2001 dafür genutzt hat.

Man kann im Anschluss an die Studie fragen, welches offene oder geheime **Leitbild** die Kultur unserer Republik beeinflusst und ob das **Leitbild der sozialen Gerechtigkeit**, das die Denkschrift der Kirchen von 1997 prägt, sich hier wieder finden lässt.

Wie definiert man Reichtum?

Ich möchte nun zu den ökonomischen Fragen im engeren Sinn sprechen, und zwar geht es zunächst um das **Nettovermögen privater Haushalte**. Als Indikator für Wohlstand und Reichtum gilt Vermögen als noch wichtiger als Einkommen, es ermöglicht langfristige Existenzsicherheit und hat insgesamt einen erheblichen Einfluss auf die Chancengleichheit in Gesellschaft und Wirtschaft.

Ich streife jetzt nur kurz die Frage, was wir denn eigentlich unter „Reichtum“ oder „Wohlstand“ zu verstehen haben. Bezeichnender Weise wurde darüber noch sehr viel weniger geforscht als über Armut. In jedem Fall haben wir es mit gegriffenen Zahlen zu tun. So kann man etwa im Blick auf das Einkommen von einer 50%- bzw. 200%-Grenze sprechen: Ein Haushalt, der weniger als 50% des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens verdient, gilt nach wissenschaftlicher Konvention als „relativ arm“, ein Haushalt, der mehr als das Doppelte verdient, hätte in diesem Raster die Reichtumsgrenze überschritten. Einkommen aber sind im oberen Bereich aus verschiedenen Gründen eine schwierige Größe. Deshalb arbeiten wir hier normalerweise mit der Größe „Vermögen“ und seiner Verteilung. Auf jeden Fall muss man dann von Reichtum sprechen, wenn das **Vermögensseinkommen** zur Erzielung hoher Einkommenspositionen ausreicht. Für 1998 wird dafür eine Größe von 1,2 bis 1,5 Millionen DM angenommen – das aus einem solchen Vermögen erzielte Einkommen überschreitet deutlich die 200%-Einkommensgrenze. Dass wir es hierbei eher mit dem unteren Rand des Reichtums zu tun haben, macht eine Einschätzung des früheren Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl deutlich. Er bezeichnete Vermögen bis zwei Millionen DM als klein, bis 20 Millionen DM als mittel und ab 20 Mill. DM als groß: „Jemanden, der fünf Millionen besitzt, würde ich als wohlhabend bezeichnen.“

Wenn man sich mit der Thematik befasst, stellen sich einem sogleich Detailfragen der Statistik in den Weg:

Reichtum ist wie Kapital ein „flüchtiges Reh“, und so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die statistische Wahrheit über die Spitzen des Reichtums bewusst verborgen wird bzw. die vorliegenden Daten nicht wirklich zur Erfassung des Gesuchten ausreichen. So werden etwa bei der EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) am unteren und am oberen Ende der Einkommenspyramide rund 100.000 bis 200.000 Haushalte systematisch ausgeblendet.

Die Bundesbank verwendet einen anderen Vermögensbegriff als den, von dem die EVS ausgeht.

Mit anderen Worten: Wir haben es notgedrungen z. T. mit Näherungswerten und Schätzungen zu tun. Um nur ein Beispiel zu geben: Nach der EVS betrug das Nettovermögen privater Haushalte 1998 8,2 Billionen DM – nach Angaben der Bundesbank aber 12,6 Billionen DM – wenn die Zahlen der Bundesbank stimmen, unterschätzt die EVS also die Vermögenstatbestände in gravierendem Ausmaß. Die EVS erfasst demnach nur rund 65% des Vermögens privater Haushalte und unterschätzt damit die ungleiche Vermögensverteilung in der BRD gewaltig.

Die Ungleichverteilung wird noch krasser, wenn man bedenkt, dass sich innerhalb z.B. des obersten Dezils die Konzentration nach oben hin noch mehr zuspitzt. Nach dieser Statistik besitzen 10% der Bevölkerung 42,3 % des Vermögens oder 20% besitzen 63,4% des Vermögens. Eine Schätzung der Privatbank Merill Lynch und der Unternehmensberatung Cap Gemini Ernst & Young für das Jahr 2001 ergibt eine noch weit höhere Konzentration: Danach **hielten rund 0,5% der Bevölkerung ein gutes Viertel des Vermögens** – 365.000 Personen verfügen danach über 3,9 Billionen DM. Beim untersten Dezil sehen wir hingegen ein Minus-„Vermögen“ von 0,4% (Schulden!), **die untersten 40% der Bevölkerung haben einen Anteil von gerade Mal 1,5 % am Gesamtvermögen!** Von den überschuldeten Haushalten haben immerhin 16% eine Schuldenhöhe von 50.000-100.000 DM, 17% von über 100.000 DM, zusammen also 33%. Mehrheitlich sind die überschuldeten Haushalte nicht in der Lage, so heißt es, aus eigener Kraft der Verschuldung zu entkommen, so dass für sie ein erheblich erhöhtes Armutsrisiko besteht.

Wir müssen diese Zahlen vor dem Hintergrund sehen, dass von 1991 bis 1999 das private Vermögen von knapp 700 Milliarden auf fast 940 Milliarden DM angewachsen ist (**Schaubild 2**). Wir stellen fest, dass das **Einkommen aus Vermögen** und die damit verbundene **Ersparnismöglichkeit** noch deutlich ungleicher verteilt ist als das Einkommen und das Vermögen selbst (**Schaubild 4**). Auch die **Einkommen** haben sich zwischen 1973 und 1998 ungleich zu Lasten der unteren Einkommensgruppen entwickelt (**M 29 und M 30, Materialien**). Der Prozentsatz von Haushalten mit niedrigen **Markteinkommen** (unter 50% des Durchschnitts) ist zwischen 1973 und 1998 scharf gestiegen (von 21,2% auf 31,2%), aber auch die gleiche Größe der durch direkte Steuern und sozialstaatliche Transfers abgedeckten Nettoäquivalenzeinkommen ist – wenn auch in geringerem Maße – deutlich angestiegen (von 6,5% auf 10,9%) (**M 47 Unzureichende Markteinkommen**). Das heißt, dass der Sozialstaat die Marktergebnisse deutlich korrigiert – allerdings auch ganz klar mit abnehmendem Erfolg! Das folgende Schaubild (**Schaubild 8**) zeigt, wie stark der Abstand zwischen der untersten und der obersten Einkommensgruppe von 1973-98 zugenommen hat. Schließlich muss man noch darauf hinweisen, dass sich auch regional zwischen West- und Ostdeutschland starke Disparitäten widerspiegeln.

Diese Eindrücke ließen sich noch in vielerlei Hinsicht belegen und erweitern, es mag hiermit an dieser Stelle sein Bewenden haben.

Zum Verhältnis von privatem Reichtum und Staatsverschuldung

Auch das Verhältnis von privatem Reichtum und Staatsverschuldung stimmt nachdenklich: Während die Staatsverschuldung zwischen 1991 und 2001 stetig von 600 auf 1.200 Mrd. DM anstieg, stieg auch das private Geldvermögen von 1991 2.000 Mrd. DM auf 2001 3.700 Mrd. DM an (**Schaubild M 3**). Was die steuerliche Belastung betrifft, so stieg dieselbe bei den direkten Steuern für die Bruttolöhne und –gehälter, also bei Steuern auf abhängige Beschäftigung, seit 1960 erheblich an genauso wie die Belastung durch Sozialbeiträge – die direkten Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen aber stürzten regelrecht ab von 20% auf 6,7% (**M 60**). Das folgende, der Frankfurter Rundschau entnommene **Schaubild**, zeigt, dass die Steuerentlastung durch die jüngste Stufe der Steuerreform für höhere Einkommen regelmäßig höher ausfällt als für niedrigere Einkommen. Bedenken wir dabei noch, dass sich die indirekte Besteuerung durch die sogenannten Massen- oder Konsumsteuern (MWSt., Alkohol- und Tabaksteuer, Mineralölsteuer) vor allem als Besteuerung niedriger und mittlerer Einkommen auswirkt, weil der Konsumanteil im Verhältnis zu Einkommen oder Vermögen bei den Besergestellten prozentual geringer ausfällt, dann wird vollends deutlich: De facto haben wir es in unserer Republik längst mit einer degressiven und nicht mit einer progressiven Besteuerung zu tun!

Leider ist es absolut zu früh, die jüngste Entwicklung des Steueraufkommens und z.B. der Veränderungen bei der Körperschaftssteuer wirklich zu verfolgen oder gar zu bewerten. Immerhin, so hört man, zahlen auch große Konzerne inzwischen wieder Steuern – das ist schließlich erwähnenswert – obwohl sie die gleichen Möglichkeiten wie zuvor haben, sich über transnationale Verschiebebahnhöfe „arm“ zu rechnen. Sollten sie wirklich gemerkt haben, dass auch sie von einer Infrastruktur leben, deren Erhalt für alle lebenswichtig ist?

Sicher spielt der Versuch der Regierung, sog. Steuerschlupflöcher zu schließen, eine große Rolle, wenn es um mehr „Steuergerechtigkeit“ geht. Dennoch frage ich mich, was es für die Verteilungsfrage bedeutet, wenn solche Subventionen wie z.B. die Pendlerpauschale oder die Eigenheimzulage gestrichen oder gekürzt werden – welche Einkommensgruppe wird damit getroffen? Ich glaube, dass ich nicht falsch mit der Annahme liege, dass es sich hierbei vor allem um niedrige und mittlere Einkommen handelt. Bei der Eigenheimzulage fallen die hohen Einkommen per definitionem ohnehin heraus.

Die Steuerquoten im internationalen Vergleich zeigen jedenfalls, dass Deutschland im reinen Steuervergleich unter den OECD-Staaten nach Japan die geringste Steuerquote hat und unter Einschluss der Sozialabgaben im Mittelfeld rangiert. Sie wissen, dass die gebetsmühlenartige Wiederholung der positiven Auswirkungen von Steuersenkungen u.a. von der Behauptung leben, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen. Die Idee dahinter ist, dass der kreative, von Kapitalmangel geplagte Unternehmer, von staatlichen Fesseln befreit, endlich in der Lage ist, seine Kreativität in neue Produkte und Dienstleistungen umzusetzen und auf diese Weise dem Wirtschaftsstandort Deutschland zu dienen und auch noch zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Es mag diese Unternehmerinnen und Unternehmer geben, und es mag durchaus sein, dass z.B. im Mittelstand eine sinkende Steuer- und Abgabenbelastung an der einen oder anderen Stelle solche Folgen zeitigt. Unsere Beobachtungen deuten jedoch auch auf ganz andere Entwicklungslinien, nämlich:

- Viele Vermögen sind so groß, dass sie nicht in Konsum oder Sachinvestitionen fließen, weil der Markt solche Summen gar nicht zu fassen vermag
- Vielfach ist es rentierlicher, in Finanzspekulationen zu investieren – dieser riskante Wachstumsmarkt hat sich längst vom realen Güter- und Dienstleistungsmarkt abgelöst, und das scheint mir trotz des Platzens der Spekulationsblase zu gelten.
- Und wenn schließlich in Produktion und Dienstleistungen investiert wird, dann haben wir es – mit gutem Recht – häufig mit solchen Investitionen zu tun, welche die Produktivität steigern und damit Arbeitsplätze kosten. Hier gilt es zu prüfen, wie mit solchem „jobless growth“ gesamtgesellschaftlich umgegangen werden kann. Nach unserer Überzeugung wird allein durch mehr Druck auf Arbeitslose mit Sicherheit kein einziger zusätzlicher Job geschaffen, sondern wir landen erneut bei Fragen nach der Verteilung: Der neuen Verteilung von Erwerbsarbeit, der Verteilung zwischen öffentlichen und privaten Händen, der Frage, wie Minderqualifizierte oder in abgehängten Regionen Lebende Anschluss an die Arbeitswelt behalten oder finden können. Aber das ist schon wieder ein neues Fass, das ich heute nicht weiter aufmachen möchte.

Diese von mir soeben geschilderten Beobachtungen bieten noch keine Antwort, fordern uns aber zu Fragen heraus, die öffentlich so kaum gestellt, sondern lieber ideologisch vernebelt werden, nämlich: Welche **ökonomische Funktion** hat Reichtum wirklich und gibt es möglicherweise auch **ökonomische Gründe, Grenzen des Reichtums** zu benennen? Das sind noch keine ethischen oder gar religiösen Argumente zu der Problematik, sondern schlichte Fragen an Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Gemeinwesen, die auf die Agenda des politischen Diskurses gehören.

Theologische Betrachtung zu Reichtum und Armut

Zum Abschluss möchte ich Ihnen einige wenige Ausführungen zur **theologischen Betrachtung der Problematik** nicht vorenthalten. Sie finden Überlegungen dazu auch in unserer Studie. Eine Anmerkung vorweg: Der theologische Zugang zielt auf den **Segen** für das ganze Haus ab (Oiko-nomia), das heißt er ist weder asketisch orientiert – es geht um Segen, Wohlstand für alle – noch auf irgendwelche Bevölkerungsgruppen beschränkt.

Natürlich kann man die archaische Situation des alten Israel nicht unmittelbar mit einer modernen, globalisierten Volkswirtschaft vergleichen. Daher geht es mit den Traditionszusammenhängen der hebräischen Bibel um ein Doppeltes:

1. geht es um die Sinnorientierung gemeinsamen Lebens, und die suchen die Menschen des Alten Israel in Gott Jahwe, der **durch Gerechtigkeit zum Leben** führt. Es geht in Israel um die Frage, wie die von Gott geschenkte **Freiheit** auf Dauer bewahrt werden kann, nämlich nur, indem die Freiheit aller zugleich in Kraft gesetzt wird.
2. haben die Menschen des Alten Israel diesen Versuch in **verbindliche, rechtsförmige Partizipationsregeln** gegossen, d.h. die Partizipation aller Freien am Gut der Verheißung sollte auf Dauer gestellt werden – nur so kann **Segen** für das ganze Volk wirksam sein.

Die hebräische Bibel kannte aus den Zeiten des siebten und achten vorchristlichen Jahrhunderts die bedrohliche Problematik der Überschuldung. In diesem Zusammenhang wurden Kriterien der Bewertung von Reichtum aufgestellt im Sinne von Partizipationsregeln – Regeln der Partizipation aller an Freiheit und Wohlstand. Im Blick auf den Reichtum kommt es demgemäß vor allem auf zwei Kriterien an: Wie wird er erworben: rechtmäßig oder durch Betrug und Ausbeutung der Armen) unrechtmäßig? Und dient der Reichtum dazu, weiterzugeben und zu teilen, oder um sich selbst das Leben zu sichern, alles an sich zu raffen?

Es gibt in der hebräischen Bibel eine Vorstellung, die wir „**Segenskreislauf**“ nennen können. Der Segen fließt vom Armen zum Reichen – nicht weil der Arme oder Armut an sich über Segen verfügten, sondern indem der Sinn des Reichtums im Weitergeben und Teilen gesucht wird. So erwächst aus verbindlichen Akten des Teilens Segen, denn niemand soll in Sklaverei fallen – daher das Gebot des Ent-Schuldens. Es handelt sich um den Versuch, die erfahrene Güte und Fürsorge Gottes in **rechtlich bindende Regeln** umzusetzen. Der Grundgedanke dabei ist: „Aus Gottes Gaben und menschlicher Arbeit entsteht Reichtum, die Partizipation aller an diesem Reichtum, Gerechtigkeit also, führt zu Segnung der Arbeit und so zu vermehrtem Wohlstand“. Und noch einmal: Es geht nicht um Almosen, sondern um rechtlich bindende Regeln!

Umgekehrt **kann der Segen in Fluch umschlagen**, wenn versucht wird, nur für sich selbst zu raffen und Schätze zu sammeln. Eine plastische Geschichte zu diesem Zusammenhang ist immer noch die Mannageschichte: Außer vor dem Sabbat darf niemand mehr Manna einsammeln als an einem Tag auch verbraucht wird – wer versucht, mehr für sich zu sammeln, dessen „Schatz“ verkommt, wird wurmstichig und ungenießbar.

Es gäbe die Texte nicht, die diese Problematik regeln und nicht die harsche Kritik der Propheten an der Raffgier und Ausbeutung der Armen durch die Reichen, wären die geforderten Verhaltensweisen immerzu eingehalten worden. Wir haben es hier mit Spuren zu tun, welche die Auseinandersetzung um die Orientierung des Lebens hinterlassen hat.

Das **Neue Testament** universalisiert und konzentriert diese Botschaft so, dass im Nächsten, grundsätzlich in jedem Menschen, zuvörderst aber im Armen, in der geschundenen und leidenden Kreatur Christus selbst, Gott selbst begegnet. Wir sehen in den Spiegel und erkennen, was Not tut, um unsere Bedürfnisse zu stillen (Mt 25, Gleichnis vom Weltgericht). Im Nächsten entdecke ich die Bedürfnisse dieses anderen und zugleich meine eigenen. Im anderen, im Nächsten begegne ich Gott und werde dadurch, ohne jede eigene Leistung, als Person erst das, was ich bin – Angewiesener und Gebender.

Insofern ist Reichtum, der zum Wohlstand für alle beiträgt, ein Segen, wie er der Verheißung entspricht. Wohlstand aber, der Teile der Bevölkerung verarmen lässt und der Überschuldung und Perspektivlosigkeit überlässt, gerät zum Fluch, der auf das Ganze zurückschlägt.

Wir haben uns zu fragen, welchen Weg wir einschlagen oder weiter beschreiten wollen: Wollen wir sehenden Auges die Gesellschaft ökonomisch spalten und von gesellschaftlicher Teilhabe partiell oder ganz ausschließen. Werden wir einen solchen Weg national und international – mit allen daraus entstehenden Verwerfungen und Entwicklungsstörungen – ich fürchte, ein solcher Weg könnte, ganz ohne

Religion, als Fluch auf uns zurückschlagen. Oder werden wir versuchen, im Interesse gesellschaftlichen Friedens und eines umfassenden Entwicklungspfadens alle am Wohlstand teilhaben zu lassen, so wie es die Produktivitätsentwicklung ermöglicht – dafür aber möglicherweise Spitzen privater ökonomischer Reichtumsentwicklung begrenzen und dem Leitbild Sozialer Gerechtigkeit als der Voraussetzung der Freiheit aller zu seinem Recht zu verhelfen? Dies wäre – wieder ganz ohne Religion – nach meiner Überzeugung ein sehr viel verheißungsvollerer Weg der Entwicklung.